

ESG-Vollversammlung 2018

Beschluss Nr.12/2018

„Festung der Menschenwürde“

Die 4. Ordentliche Vollversammlung der Bundes-ESG hat beschlossen, eine „Resolution zum Thema Grenzen in Europa“ zu verabschieden.

Anlage: Resolutionstext

Resolutionstext:

Die politische Situation von zunehmenden Spaltungen und Abschottungen der Staaten innerhalb Europas untereinander ist nach unserem Empfinden besorgniserregend und gefährlich. Unsere Generation hat von den Früchten einer Politik profitiert, die ein geeintes, friedvolles und multikulturelles Europa geschaffen hat. Diese europäischen Werte haben ermöglicht, Grenzen zwischen Staaten und zwischen Menschen zu überwinden. Wir haben diese Ideale als Selbstverständlichkeit verinnerlicht. Ein feindseliges Gegeneinander auf diesem Kontinent ist uns heute glücklicherweise fremd.

Unter dem Eindruck der Flüchtlingssituation ist die Solidarität mit Menschen in Not in Frage gestellt worden. Einerseits werden Existenzängste unter den Bürgerinnen und Bürgern geschürt. Andererseits mangelt es an Unterstützung für die Staaten, in denen viele geflüchtete Menschen ankommen. In der Konsequenz werden Binnengrenzen gefestigt und gleichzeitig die europäische Außengrenze ausgedehnt, indem die Bewegungen von Flüchtenden schon vor Erreichen des Kontinents gestoppt werden.

Unsere Betroffenheit und unser Mitgefühl enden nicht dort, wo das geografische Europa endet.

Die christlichen Gebote von Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit rufen uns dazu auf, jede und jeden ohne Beachtung ihrer Herkunft, Kultur und Religion als gleichberechtigte Menschen zu sehen und sich ihrer Sorgen und Probleme anzunehmen.

STRECKEN S N L H C S E B

Wir möchten in einem Europa leben, das sich selbst nicht abgrenzt, sondern offen für Neues ist.

Wir möchten in einem Europa leben, in dem die eigenen Werte nicht an der Außengrenze enden, wenn es schwierig wird.

Wir möchten in einem Europa leben, das bei schwierigen Problemen zusammen hält, damit gemeinsam Lösungen gefunden werden.

Wir hoffen in Europa auf ein Umdenken und einen Wandel in der Politik, die mehr von Menschenwürde und Solidarität geprägt ist.